

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Sanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Insertate:
Die Geschäfts-Verhältnisse des Blattes
bei Wiederholung nach Zahl.
Insertate für die folgende Nummer
müssen bis 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. (Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.)
Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Meißner, 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Internatenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., Amtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 154

Montag den 5. Juli 1915

26. Jahrgang

Protest Schwedens gegen Rußland.

Friedenssehnsucht.

Berlin, 4. Juli. (W. V. Nichtamtlich.) Die „Nordd.
Allgem. Ztg.“ schreibt in ihrem politischen Tagesbericht:

Die französische Presse, außer Stande, dem fran-
zösischen Volke die militärische Niederzwingung
Deutschlands für eine nähere oder auch nur fernere Zeit
glaubhaft zu machen, verliert die mit Recht sinkenden Hoff-
nungen durch die Vorpiegelung einer politischen Zer-
rüttung und Zermürbung in Deutschland neu zu beleben.
Dazu werden die verschiedenen Kundgebungen von sozial-
demokratischer Seite weidlich ausgenutzt. — So schreibt der
„Temps“ am 27. Juni über die Rede des Abg. Braun: Die
erste Stimme eines Volksvertreters hat sich im preussischen
Abgeordnetenhaus vernommen lassen, um Frieden zu fordern.
Es liegt nur an uns, an der Ausdauer und Festigkeit der Ver-
bündeten, daß diese Stimme nicht vereinzelt bleibt und daß
andere aus ganz Deutschland hinzukommen. — Dasselbe Blatt
sagt am 29. Juni zu der Kundgebung des Partei-
vorstandes: Daß sich die Sozialdemokratie mit dieser
Kundgebung hervorragen kann, nachdem sie gelegentlich der kai-
serlichen Politik gehandelt hat, beweist, daß die Müdigkeit
des deutschen Proletariats tatsächlich besteht, und daß das
Verlangen des Volkes nach sofortigem Frieden nicht
mehr unterdrückt werden kann. Das Anzeichen ist wertvoll
und kann, wenn es überhaupt nötig wäre, uns nur in
unserem Willen bestärken, den Krieg bis zum
Ende durchzuführen, bis zum völligen Siege der
Gute des Rechtes und der Freiheit. — Der „Figaro“ vom
28. Juni schreibt über die Braunsche Rede: Während
in Berlin die offizielle Welt lacht, flüstert, sich bläst, verbreitet
sie in ganz Deutschland eine tiefe Entmutigung, eine
schreckliche Müdigkeit, ein allgemeines Jam-
mern. — Die anderen Blätter äußern sich ähnlich.

Die Unkenntnis der französischen Presse in der Beur-
teilung deutscher Zustände ist uns kein Geheimnis. Wir erinnern
uns, daß namhafte Blätter monche innervollständigen Ausein-
anderstellungen als Zeichen innerlicher Zerkleinerung, ja als den
Beginn einer Revolution angesehen haben. Wenn die Zeit
einmal die Ästen über die Vorgeschichte dieses Krieges öffnen
wird, wird die Welt mit Entsetzen sehen, daß nicht nur die
französische Presse, sondern hochstehende amtliche Persönlich-
keiten von Bildung und Rang des Glaubens waren, Deutsch-
land wäre aus Gründen der inneren Politik einem Kriege
nicht gewachsen, und wie sehr der Glaube, Deutschland werde
aus solchen Rücksichten doch vor der Politik der Entente kapitu-
lieren, die Haltung der französischen Regierung gegenüber
der russischen Provokation bestimmt hat. Es sind die gleichen
Leute, die heute glauben, innerpolitische Differenzen werden
die deutsche Widerstandskraft brechen.

Wir bemerken gern die Gelegenheit, um die französische
Presse über den wahren Stand der Meinungen in Deutsch-
land aufzuklären. Es ist ganz einfach und für den Außen-
stehenden leicht zu verstehen. In Deutschland ist man im all-
gemeinen der Ansicht, daß Frankreich, England und Rußland
in kürzerer oder fernerer Zeit einsehen werden, daß eine Ver-
schiebung der militärischen Lage zu ihren Gunsten nicht mehr zu
erhoffen und die Fortführung des Krieges zwecklos ist. Von
dieser Ansicht ausgehend, „gestützt auf die durch die Tapfer-
keit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige
Kriegslage“ ist der sozialdemokratische Parteivorstand mit
seinem Manifest hervorgetreten, wie andere Organisationen
auf Grund unserer Siegeszuversicht bereits mit der Formu-
lierung ihrer Forderungen für den künftigen Frieden voran-
gegangen waren. Die Unterdrückung der Wünsche über
den Inhalt des künftigen Friedens. Gleichermassen ist in
unserem ganzen Volke das Bewußtsein unserer
Stärke. Wollen sich unsere Feinde durchaus falschen Vor-
stellungen über „Zeichen der Schwäche und Kriegsmüdigkeit“
hingeben, so mögen sie es tun. Das deutsche Volk wartet ohne
Ungeduld und geistlichen den Zeitpunkt ab, wo unsere Feinde
bereit sind, die Konsequenzen aus der militärischen Lage zu
ziehen.

Gewiß hat das Kanzlerorgan recht in seinen Angaben
über „den wahren Stand der Meinungen in Deutschland“.
Eine tiefe Friedenssehnsucht breitet sich in Deutschland aus,
aber keineswegs, weil die Volksmassen Deutschlands Sache
verloren geben, sondern umgekehrt: Die Masse der deutschen
Volksgenossen sieht Deutschland und seine Verbündeten mili-
tärlich so sehr im Vorteil, daß daraus die Möglichkeit, den
Feinden Frieden anzubieten, hervorgeht. So mancher der
fingerfertigen Journalisten Frankreichs wird auch „den Stand
der Meinungen“ richtig erkennen, aber die falsche Deutung
wird gegeben, damit in Frankreich der Kriegswille aufzu-
pufft wird. Das werden die Regierungsmänner und mili-
tärlich sehr nötig brauchen. Denn darüber kann doch wohl kein
Zweifel bestehen: da die Franzosen bald ein Jahr den Feind
im Lande haben und trotz unerbittlicher, mit äußerster Tapfer-
keit ertragener Blutopfer bei dreimaliger großer Offensive

keinerlei Erfolg erzielen konnten, muß dort endlich die Er-
schöpfung eintreten und das Friedensverlangen reichend um
sich greifen. Wie es gärt, davon ist wohl auch die
jüngste Nachricht von der Krise im französischen Kriegsmini-
sterium ein Beweis. Bereits wurde Millerands Rücktritt ge-
fordert, weil er „bei der Mobilmachung und in der nationalen
Industrie“ Fehler gemacht habe. Ein tiefes, inniges Bedauern
mit dem Unglück Frankreichs erfüllt auch seit Monaten alle, in
wirklich alle Volkskreise Deutschlands, und dieses Bedauern
setzt sich nicht nur in der deutschen Arbeiterklasse in den leidlich-
stigen Wunsch um, zum Frieden zu gelangen, damit nicht das
französische Volk sich verblute. Beweis ist auch das Verlangen des
eigenen Volkes eine Ursache des Friedensverlangens der deutschen
Arbeiter, aber weit mehr entzündet dieses Verlangen dem
Mitleid mit der ganzen Menschheit. Darum sehen zumal die
deutschen Sozialisten lehrnützlich nach Westen, ob denn nicht
endlich wenigstens die französischen Genossen sich bereit machen,
die gemeinsame Front der Sozialisten aller Länder herstellen
zu helfen. Zunächst haben die Aufrufe der deutschen Sozial-
isten nochmals Wichtigkeit erfahren müssen, aber lange kann
es unnötig dauern, bis in Frankreich die widerstrebenden
Kräfte beiseite geschoben oder überbrannt werden. Dann wird
hüben und drüben die Sehnacht politische Lat werden!

Italienischer Täuschungsversuch.

Die deutschen Sozialdemokraten tun so, schreibt „Secolo“
vom 29. Juni, als ob sie erst jetzt — nach zehn Monaten —
entwäre würden, daß die Regierung einen Eroberungskrieg
führt. Sie verlangen von ihr jetzt Vorstöße zu einem für
Deutschland günstigen Frieden, d. h. sie wollen die Verant-
wortung für das weitere von sich abwenden und tun so, als ob
sie nicht wüßten, daß, wer Frieden anbietet, sich
als besiegte bekennen und die Bedingungen vom
Feinde anzunehmen hat. Aber sie spielen vergebens die Un-
schuldigen. Sie haben alle Kredite bewilligt, und un-
vergeßlich sind das Auftreten und die Versicherungen der Genossen
Höfner und Noske im besetzten Brüssel. So haben sie weder
Einfluß auf ihre Regierung, noch machen ihre nähen Vor-
würfe, daß die französischen Genossen zu keinen Friedens-
verhandlungen bereit sind, irgend welchen Eindruck.

Balkanstaaten und Krieg.

Aus der verwirrenden Masse täglich einlaufender Nach-
richten bleibt als Ergebnis: es ist ganz ungewiß, ob und nach
welcher Seite sich die bisher unbeteiligten Balkanstaaten oder
einzelne von ihnen in den Krieg einmischen werden.

Will man zu einer Beurteilung der ganzen Frage kom-
men, so darf man sich weder lediglich an die Berichte über
Straßenkundgebungen im neutralistischen oder Kriegslustigen
Sinn, noch an die wirklichen oder angeblichen Versicherungen
von Staatsmännern und Parteiführern halten, sondern muß
sich schon die Mühe machen, die besonderen politischen und
wirtschaftlichen Interessen der Balkanstaaten in ihren Wider-
sprüchen wie in ihrer Übereinstimmung zu betrachten und zu
beachten.

Wenn von dem wirtschaftlich aus dem Balkanzusammen-
hang fallenden Griechenland abgesehen wird, für das die Ver-
mittlung des Handels zwischen West- und Mitteleuropa einer-
seits und der Levante andererseits eine große Rolle spielt, so
sind die Balkanstaaten stark auf Österreich-Ungarn
und Deutschland angewiesen. Unter sich sind sie kaum
konkurrenzfähig, aber gemeinsam haben sie das Interesse, ihre
Ausfuhrartikel in Mitteleuropa absetzen zu können, und dort
braucht man sie, ebenso wie man an der unteren Donau die
Industrieerzeugnisse Deutschlands und Österreichs braucht.
Es hätte unter diesen Umständen leicht sein müssen, starke
wirtschaftliche Beziehungen zwischen Mitteleuropa und dem
Balkan zu schaffen. Versuche, die sich in der Folge auch
politisch hätten wirksam machen müssen, wenn nicht in Öster-
reich-Ungarn teils bürokratisches Unvermögen, teils selbst-
ständige Interessenpolitik einflußreicher Kreise ein gesundes
Verhältnis verhindert hätten. In der Wiener „Arbeiter-
Zeitung“ führt K. R. (Karl Renner?) ein Beispiel an: „Wir
erinnern uns eben daran, daß die beiden Regierungen (Öster-
reichs und Ungarns) 1907 einen Handelsvertrag mit Ser-
bien geschlossen hatten, der zwar nicht die Annäherung be-
stimmte, aber doch die gänzliche Entfremdung verhüten
sollte. Die Volkswirtschaften haben ihn unter der Führung
Sobolewskis zerissen, und die Regierungen trugen die Ver-
antwortung nur dafür, daß sie mit Rücksicht auf das dauernde
Interesse der Monarchie gegen einseitige Begehrlichkeit, auch
wo sie von Parlamentärsparlamenten ausging, nicht stark genug
waren. Diese unglückselige Ueberbarmung von Sonderinter-
essen hat die damalige Diplomatie, wie erinnerlich, in die
quasi-politische Zwangslage verlegt, auf der einen Seite die Ab-
nahme österreichischer Industrieerzeugnisse — aus einer viel-
geannten westböhmischen Fabrik — zu fordern, auf der
anderen Seite aber die Einfuhr von Bodenzeugnissen zu

unterbinden. Wie soll sich ein Nachbar unter solchen Um-
ständen einrichten?“ Und in demselben Artikel wird noch
folgende interessante Bemerkung gemacht: „Es war 1909 im
Ausschuß der Delegationen, wo Mehrental seine Balkan-
politik in der Innenpolitik verteidigte. Dort entfuhr
diesem zurückhaltenden Redner der Stoffsänger: Wenn doch
unsere Handelspolitik die auswärtige Politik unterstützte!
Er blieb fast unbeachtet, und doch hätte er einen Ausschuß
erregen müssen, dessen Denken auf die großen und ersten
Krisen der Politik eingestellt gewesen wäre, der nicht sein Ge-
trüge erhebelte durch Paraphrasen des verdienten Rufes und
Magnaten, die ihre Güterverwaltung des wirtschaftlichen
Denkens enthebt, durch Kleinbürger, die wider den Gaufer-
bundele erheitert sind, und durch die akademischen Gelehrten
des Nationalismus. Just in diesen Tagen des Weltwirt-
schaftskrieges ist mahnend und zu wissen geworden,
daß die auswärtige Politik heute fast ausreicht in Wirtschaft-
politik, daß sie die wirtschaftliche Stellung des Staates in der
Welt zum Inhalt hat.“

Eine auch dem eigenen Lande gegenüber verfehlte Han-
delspolitik hat also wesentlich dazu beigetragen, daß Rumä-
nien und Bulgarien heute vom Bierverband als Werbgebiet
betrachtet werden können. Wirtschaftlich ist beider Staaten
Verhältnis zu Mitteleuropa ungefähr das gleiche.

Rein politisch ergeben sich aber große Verschiedenheiten,
und man mühte annehmen, daß die Balkanstaaten sich gegen-
seitig neutralisierten würden.

Bulgarien hat bei Abbruch des letzten Balkankrieges
an Rumänien ein erhebliches Gebiet abtreten müssen. Es ist
ferner von Serbien und von Griechenland seiner Anwartschaft
auf Mazedonien beraubt worden. Gegen das „Bulgarische
Protokoll“, das Bulgarien, obwohl es die schwersten Opfer im
ersten Balkankrieg gebracht hatte, trat nur Österreich-Ungarn
— allerdings erfolglos — auf. Nach den Auffassungen ober-
flächlicher Politiker müßte also Bulgarien auf der anderen
Seite stehen, als wo Serbien sich befindet und Rumänien und
Griechenland sich etwa hinbegeben könnten. Tatsächlich aber
ist Bulgarien keineswegs aus dem Spiel der Ententemächte
ausgeschaltet, und es hat gar nicht die Verhandlungen, die es
in den großen Bündnissen bringen sollen, durchaus ab-
gebrochen. Denn es sind ihm Verbündeten gemacht worden,
monach es beim Sitz des Bierverbandes einen erheblichen Teil
Mazedoniens, auch die von Rumänien ihm abgenommene
Dobrußda erhalten soll. Nur müßte Bulgarien sich am
Kriege beteiligen.

Bei Rumänien liegen die Dinge wieder ganz anders.
Es hat „nationale Hoffnungen“, um uns so auszudrücken, auf
beiden Seiten. In dem russischen Westarabien besteht die Be-
wässerung zum größten Teil aus Rumänen, und für das rumä-
nische Nationalgefühl ist diese „Irredenta“ um so empfind-
licher, als sie erst aus dem Jahre 1878 stammt, der Zeit, als
das aus dem Türkenkrieg durch rumänische Hilfe herausge-
baute Rußland sich die Donaugrenze verschaffte. Durch den
Sieg Deutschlands und Österreich-Ungarns könnte Rumä-
nien wieder zu einem früher besetzten Gebiet kommen; dem-
nach liegt kein Interesse bei den Zentralmächten. Aber in
Ungarn gibt es auch Millionen von Rumänen (in Sieben-
bürgen und im Banat), ebenfalls in Österreich (in der Buko-
wina), und die Zuteilung dieser Gebiete wird Rumänien ver-
sprechen als Preis für die Teilnahme am Krieg auf Seiten des
Bierverbandes. Allerdings auch nicht einmütig; denn die
Bukowina will Rußland für sich, und das Banat ist Serbien
zugelegt. Die „pro-rumänische“ Politik Englands geht nun
dabin, einen Ausgleich in der Weise zu schaffen, daß das Banat
an Serbien fallen und Rußland dafür einen Teil Bessarabiens
abtreten soll, gegen Kompensationen natürlich.

Griechenland wird noch immer für die Koalition
einmütig durch das Verprechen großer Gebiete an
der gegenüberliegenden kleinasiatischen Küste. Im Interesse
der gemeinsamen Sache müßte es aber an Bulgarien Küsten-
striebe am Ägäischen Meer herausgeben und außerdem still-
schweigend auf die nie erstorbene Hoffnung verzichten, das
alte Byzanz zur griechischen Hauptstadt zu gewinnen; denn
Konstantinopel soll den Russen vorbehalten sein.

So laufen die Fäden durcheinander, und das Beste, was
wir hoffen können, ist, daß die Balkanstaaten sich gegenseitig
neutralisieren und somit neutral bleiben.

Doch über die augenblicklichen Verhältnisse hinaus muß
man schon jetzt die uns mahnend wertvolle Entwicklung des Bal-
kans ins Auge fassen. Sie deckt sich durchaus mit dem, was
die Balkanvölker für sich erheben. Wir wollen daran erin-
nern, daß nicht nur während der Balkankriege unsere Partei-
genossen in den beteiligten Ländern den Ruf erhoben haben:
„Der Balkan den Balkanvölkern!“, sondern daß sie auch alle
Mühe darauf verwendet haben, einen Bund der Balkanstaaten
zustande zu bringen, allerdings einen Bund, der wesentlich
anders aussehen müßte, als der künftliche, auf Rußlands Be-
treiben gegen die Türkei und Österreich-Ungarn gerichtete,
bei dem zu guter Letzt gerade der Staat, der die größten Lei-
stungen vollbracht hatte, von den anderen Teilhabern benach-

teiligt wurde. Der Balkanbund, wie ihn die Sozialisten propagieren, läuft darauf hinaus, unter voller Berücksichtigung der nationalen Bedürfnisse und danach sich regulierender Abgrenzungen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen.

Das liegt so sehr in der Linie einer vernünftigen Politik Österreich-Ungarns und Deutschlands, daß man sich wundern muß, weshalb nicht schon lange diesen Konzentrationsbestrebungen alle mögliche Hilfe geleistet wurde.

Aber, wie Lehrenthal sagte: „Wenn doch unsere Handelspolitik die auswärtige Politik unterstützte!“

Das schlechte Politik auf Befahren schaffen kann, das erfahren wir jetzt sehr deutlich auf dem Balkanhalbinsel.

Das in Smyrna erscheinende Blatt „Kerem“ meldet gerüchtheil, daß die Engländer auf Mytilene in der Umgebung der Hauptstadt der Insel Truppen und Kanonen aufschiffen, als wenn die Insel ihnen gehöre.

Aus Salonik wird gemeldet, daß ein englisches Kriegsschiff im bulgarischen Hafen von Venedegatsch einen neutralen Dampfer angehalten hat, und ihn unter dem Verdacht, daß er Waren für die Türkei transportiere, untersuchte.

In einem Artikel des römischen Korrespondenten der „Stampa“ heißt es, die Nachricht, daß griechische Banden die Türkei nach der Straße nach Venedig hätten, haben für Italien eine große Bedeutung. Die italienische Regierung habe gegen die Besetzung Skutari protestiert. Der Viererband habe sich diesem Protest angeschlossen. Eine Vereinbarung zwischen den mit Italien verbündeten Mächten erklärt die Besetzung Skutari durch montenegrinische Truppen für null und nichtig. In gleicher Zeit machte Italien Vorbehalte geltend. Wegen der Besetzung Elbasan durch die Serben bestreite zwar ein italienisch-serbisches Abkommen, welches Serbien einen Zugang zur Adria gewährt, wahrscheinlich nach Durazzo, aber die Bewilligung des Hafens könne erst nach dem Kriege erfolgen. Am schwersten wiege die Frage von Venedig, da es sich hier um ein Gebiet handle, welches an Salona grenze. Außerdem sei es in dem Hinterlande des von Italien besetzten Gebietes eingebunden. Italien könne daher die Besetzung Venedigs durch griechische Banden nicht zulassen. Die italienische Regierung warte bestimmte Nachrichten ab. Im Falle einer Bestätigung würde Italien von Griechenland eine Erklärung fordern, da es sich hier dann um eine Verletzung der Entscheidungen der Londoner Konferenz handeln würde. Eine energische Haltung würde auch gegenüber der Türkei eingenommen werden, mit welcher Italien gegenwärtig in heißen Beziehungen stehe. Italien wünscht Garantien wegen der Frage der Behandlung der Italiener in der Türkei, als auch wegen der Intervention türkischer Elemente in Libyen.

Keine Friedensangebote Österreich-Ungarns.

Wien, 4. Juli. Das „Freidenkblatt“ schreibt: Am serbischen Blatt „Samouprava“ vom 4. (22.) Juni wurde, anscheinend offiziell, behauptet, daß das „Stolze und übermütige“ Österreich-Ungarn dem kleinen und schwachen Serbien bereits zweimal einen Separatfrieden angeboten hätte. Wir sind von kompetenter Seite ermächtigt, zu erklären, daß diese Behauptung glatt erfunden ist. Österreich-Ungarn hat während der ganzen Dauer des Krieges niemanden und niemals, also auch nicht Serbien, Friedensangebote gemacht.

Die Lage im Osten.

Die Entwicklung in Galizien und Südpolen vollzieht sich nach dem Plan der Verbündeten. Freilich nicht in der Weise mächtiger Umfassungen, die ganze russische Heere auf einmal der Vernichtung oder Gefangennahme aussetzen würden, sondern in Frontalangriffen, die die Russen von einer Linie zur andern treiben. Aber ein größerer und weiter wirkender Erfolg hebt sich immer deutlicher ab. Räumlich die immer noch der Masse nach gewaltigen russischen Kräfte verlieren den inneren Zusammenhang, ihre mächtige Front zerfällt in einzelne Stücke. Die Londoner „Times“ bringt darüber die folgende Schilderung:

Es scheint nun sicher, daß Radenski mit der Hauptmasse der deutschen Armee, die unter seinem Befehl steht, nun definitiv nördlich zwischen Bug und Weichsel zu einem Vormarsch übergeht, und zwar nicht nur zum Zwecke einer bloßen Demonstration, sondern

mit der Absicht, die Weichselinie zu umgehen und Warschau von Osten her zu bedrohen. Radenski Zentralarmee wird in der Linie durch die Armeen des Erzherzogs Josef Franz, der das Land nördlich des Flusses Zarech gesäubert hat und nun auf das rechte Ufer der Weichsel vorgeht, während am rechten Flügel General Wörm-Germoli den oberen Bug erreicht hat und Radenski rechte Flanke beschützen wird. Am linken Ufer der Weichsel haben mit den Generalen v. Bonhoff, der in Polen an der äußersten Spitze dieser furchtbaren Invasion operiert. Er hat bereits die Russen zum Rückzug von der Linie gezwungen, die sie von Jaroslaw über Opatow bis Sienno hielten, und die Annahme geht dahin, daß unsere Verbündeten diesen Teil der mittleren Weichsel aufgegeben haben und nach Zwangorod zurückgegangen sind. Jaroslaw ist im Besitz der Truppen des Generals Wörm. Linien gehen hat die Weichsel überquert und die russischen Stellungen im Osten dieses Flusses gestürmt. Radenski soll, wie Reuters Vertreter in Petersburg berichtet, zwei Millionen Soldaten unter seinem Befehl haben. Es nun diese Schätzung übertrieben ist oder nicht, der russische Großfürst hat am Dienstag nacht festgestellt, daß große feindliche Streitkräfte zwischen Wierza und Bug vorrücken. Es scheint nun sicher, daß der russische Befehlshaber handhaben muß, um eine schwere Schlacht an der Linie Zwangorod-Lublin-Chelm auszufechten oder Warschau in die Hände der Deutschen fallen zu lassen.

Was hier dargelegt wird, hat noch weitere Folgen gehabt, die sich so ausdrücken lassen: ein Teil der Russen wird nach Belarabien hineingedrückt; die zweite Gruppe muß sich auf das Festungsgebiet Ost-Rowno-Dubno zurückziehen; die dritte wird Brest-Litowsk als Stützpunkt haben, die vierte steht im Raum Zwangorod-Warschau. Zwischen diesen Gruppen werden die Verbindungen brüchig. Die größte Sorge des russischen Generalstabs muß nun sein, die völlige Isolierung einer einzelnen Gruppe zu verhindern, die diese Gruppe der Umfassung und Vernichtung ausliefern würde.

Hier noch der österreichisch-ungarische Bericht vom Sonntag:

Die Russen, die gestern in Ostgalizien zwischen Rawa und Złota-Lipa, sowie nördlich anschließend mit starken Kräften Widerstand leisteten, wurden von den verbündeten Truppen angegriffen und nach Stundenlangem Kampfe auf der ganzen Front gegen die Złota-Lipa zurückgeworfen. 3000 Gefangene und mehrere Maschinengewehre wurden erbeutet. Auch in der Gegend von Przemyśl und Gliniany ist der Feind im Rückzuge gegen Ost.

Am Bug hat sich die Lage nicht geändert. In Russisch-Polen kam es an mehreren Frontabschnitten zu heftigen Kämpfen, da die Russen unter Einfluß von Verstärkungen zu Gegenangriffen übergingen. Alle diese Versuche, verlorenes Terrain zurückzuerobern, scheiterten vollständig. Eines unserer Korps wies allein fünf Sturmangriffe des Feindes ab. Am Vor- und an der Weichsel dauern die Kämpfe fort. Seitens des Stud. 4. n. l. drängen unsere Truppen in einer Frontausdehnung von mehreren Kilometern in die Hauptstellung des Gegners ein und warfen den Feind unter schweren Verlusten zurück. Hierbei wurden über tausend Gefangene gemacht, drei Maschinengewehre und drei Geschütze erbeutet. Die Höhen nördlich Krasnik wurden in schwerem Kampfe genommen.

Deutsch-russisches Seegefecht.

Der Generalstab des Generalissimus gibt bekannt: Am 2. Juli hatte eine Abteilung russischer Kreuzer ein Gefecht mit fünf deutschen Kreuzern, darunter der Panzerkreuzer „Moon“, in der Nähe von Gotland. Das Ergebnis des Kampfes besteht in einer schweren Sabotage eines deutschen Kreuzers, der gezwungen wurde, auf die Küste aufzufahren und in der schnellen Flucht der anderen Kreuzer. Die Verfolgung des Feindes dauerte über eine Stunde.

Die „Sabotage eines deutschen Kreuzers“ bezieht sich auf das kleine Spezialschiff „Albatros“, das an der schwedischen Küste auf Grund gesetzt wurde; es war mit 199 Mann besetzt und mit acht kleinen Kanonen bestückt. Sonst ist kein deutsches Schiff bedroht, einer schwedischen Nachricht zufolge haben aber russische Kampfschiffe schweren Schaden erlitten. „Albatros“ war von der deutschen Flottille abgenommen, in schwedischen Gewässern feuerten russische Kreuzer 1500 Geschosse darauf ab, von denen 25 trafen. 21 Mann wurden getötet, 27 verwundet; von den Verwundeten starben noch zwei. Ein Leutnant schwab nach in Lebensgefahr. Die lebende Mannschaft wurde in Schweden interniert. Schweden fordert

von Russland Bestrafung der Schiffskommandanten, die völkerrechtswidrig im schwedischen Küstengewässer die Beschießung ausführten.

Kämpfe im Westen.

Großes Hauptquartier, 4. Juli. (W. B. Amtlich.) In den Argonnen haben unsere Truppen die Offensive fortgesetzt. Die Deute hat sich erheblich erhöht; sie beträgt für die beiden ersten Juli-Tage: 256 Gefangene (darunter 37 Offiziere), 25 Maschinengewehre, 72 Minenwerfer, 1 Revolverkanone.

Auf den Maas Höhen wiederholte der Feind trotz aller Mißerfolge viermal seine Versuche zur Wiedereroberung der verlorenen Stellungen bei Les Eparges; wir wiesen seine Angriffe glatt ab.

Nordwestlich von Reanville eroberten wir die französischen Stellungen in 600 Metern Breite und entrißen nördlich von Fexen Hane dem Feind ein Waldstück.

Die Fliegeraktivität war gestern sehr lebhaft. Deutsche Flugzeuge bewarfen das Landgaurd-Fort bei Harwich sowie eine englische Verstärkungsflotte in der Nähe des beseigten Ranch, die Bahnanlagen von Dembasle und das Sperrfort Remiremont an. Ein englisches Flugzeug stürzte nördlich von Gent an der holländischen Grenze brennend ab. Ein deutsches Kampfflugzeug zwang einen französischen Flieger bei Schlucht zur Landung.

Der Feind bewarf Brügge, ohne militärischen Schaden anzurichten.

Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

Wolffs Bureau erfährt von zuverlässiger Seite, daß von Beginn des U-Bootskrieges 18. Februar bis 24. Juni durch U-Boote vernichtet wurden: 194 britische Schiffe, darunter 124 von mehr als 300 Tonnengehalt; diese letzteren ergeben im ganzen 400 000 Tonnen versenkten Tonnengehalts. Ein zutreffendes Bild für die Wirkung des U-Bootskrieges gibt der Vergleich der Tonnagezahl der vernichteten Schiffe mit dem Gesamttonnagehalt der britischen Handelsflotte. Hierzu ist festzustellen, daß vernichtet sind:

1. Durch U-Bootskrieg in der Zeit vom 18. Februar bis 24. Juni a) Schiffe (mit mehr als 300 t Tonnengehalt): 124 mit 400 000 Tonnen
- b) Fischerfahrzeuge (mit weniger als 300 t Tonnengehalt): 70 mit 18 000 Tonnen
2. Durch Kreuzerkrieg vom 4. August 1914 ab: Schiffe: 57 mit 250 000 Tonnen
3. Ferner vernichtete Schiffe unbekannter Namens und Tonnengehalt: 10 mit etwa 25 000 Tonnen

In Summa Schiffe: 281 mit rund 700 000 Tonnen. Der Gesamttonnagehalt der britischen Handelsflotte vor dem Kriege ist zu 20 Millionen Tonnen angegeben. Hiervon sind verloren 0,7 Millionen Tonnen, der bisherige Verlust beträgt also 3,5 Prozent des Gesamttonnagehalts. Außer den britischen Schiffen sind bisher französische und russische Schiffe mit zusammen 40 000 Tonnengehalt vernichtet worden.

Bisher wurden von deutschen Unterseebooten in den letzten Tagen mehrere Schiffe versenkt, darunter als erstes italienisches der Segler „Sandomene“. Das Schiff, das 2000 Tonnen Wasserdrängung hatte, war mit einer Holzladung von Korkstücken nach Garetton bei Liverpool unterwegs. Die Torpedierung erfolgte in den irischen Gewässern. Der Kapitän und sechs Mann gingen unter; neun Mann wurden gerettet.

Aus Dänemark werden heftige Proteste gegen die Unterbindung der Baumwollzufuhr durch England laut, desgl. aus Schweden lebhafter Unwille wegen Behinderung des Stoffhandels.

Wie der „Deutschen Tageszeitung“ aus Stockholm gemeldet wird, richtete Schweden anlässlich des Anhaltens seiner Schiffe durch englische Schiffe eine Protestnote nach London, in der völlige Einstellung des schwedischen Schiffsverkehrs nach England angedroht wird.

Seuilleton.

Die Krankenpflegerinnen-Tracht im Kriege.

Von Charlotte von Caemmerer.

Der Weltkrieg hat die Entwicklung der Krankenpflegerinnen-Tracht reformierend und hemmend beeinflusst.

Als ein entscheidender Fortschritt ist die Kriegskrankenpflegerin in Hosenanzug anzusehen. Frau Ottilie von Hansmann in Berlin hat bei Kriegsausbruch eine Reihe von Krankenpflegerinnen für den Dienst der Front zweckmäßig ausgerüstet, auch Mitglieder der Berufsorganisation gehörten zu diesen Bevorzugten. Diese Kriegskrankenpflegerin besteht aus Ledenhose, Gamaschen, festem Stiefeln, Wollweste, Lederos und Ledenhose, Ledenhose, Ledenhose mit Schürze und Wollmütze, die nur das Gesicht frei läßt. Zur Ausrüstung gehören Kack- und Feldflasche. Die Krankenpflegerin kann draußen im Feld je nach Bedarf in Ledenhose und Wollweste, in Hose und Jacke oder in Hose, Rock und Jacke arbeiten. Das Lelienkreuz in Berlin hat sehr hübsche photographische Aufnahmen eines Mitglieds der Berufsorganisation in dieser Kriegstracht gemacht (abgebildet im Kriegsbuch des Bundes deutscher Frauenvereine 1915, Teubner, Leipzig). Das Bild ist jedenfalls sehr viel überzeugender, als eine Photographie der ersten „edelnden Diakonisse“ vom Jellerheim in Berlin, die in langem Argenmantel und weichen Kopfschleier neben ihrem Rock steht und es dem Beschauer überläßt, sich das Bild dieser höchst ungeeignet angelegten radelnden Schwärze weiter auszumalen. Leider ist dieser eine Versuch der Frau von Hansmann als der einzige Fortschritt auf dem Gebiet der Kriegskrankenpflegertracht zu verzeichnen.

Der in den Kriegsjahren starker als sonst auftretende Mangel an der Schwärze-Tracht ist leider nicht reformierend, sondern hemmend auf die Entwicklung der Krankenpflegertracht einwirkend. Vor allem waren es wieder Schwestern in Schwestern-Tracht, die sich den Krieg zunutze machten. Eine ganz bestimmte bringt den Frauen von Offizieren, die über das Schicksal der Gatten in Ungewissheit leben, Nachrichten vom Felde, gibt an, die Betroffenen abzuholen und holt Wäsche und Geld für die Männer ab, da sie gerade auf Urlaub ist. Von ähnlichen Berichten waren die Tageszeitungen in den letzten Monaten erfüllt.

Eine Note Kreuz-Schwester schreibt im Mai aus Nordfrankreich: „Vermutlich gibt es wenig, daß aber umsonst Schwärze in den unglücklichsten Trachten. Man findet sich kaum durch, aber Geld bekommen sie alle.“ Der norwegische Schriftsteller Egon Christen berichtet aus Oslo, daß unter den Tausenden von belagerten Frauen, die nach der Eroberung von Antwerpen in Schwärze-Tracht über die Grenze strömten, förmliche Razzia abgehalten werden mußte;

nicht etwa um Spitzen heranzufischen, sondern um gewissen Mädchen, die in Weiß und Antwerpen den Alpaka hatten räumen müssen und nun, mit der schlichten schwarz-weißen Pflegerinnen-Tracht ausgestattet, in den kleinsten Nordfrankreich ihre Mandar fortziehen wollten, das Handwerd zu legen. Andere Schwestern der Verwundetenpflege sahen Elend in jenen stillen, romanisch-trunkten Dörfern, meist englischen Mäde, die in der stillen Hoffnung nach der Front reisen, daß sie dort einen — am liebsten nur ganz leicht verwundeten — schönen adeligen französischen Offizier pflegen können. In ihrer Schwärze-Tracht sei nichts anzusehen, der Kreppschleier wolle lang und vornehmlich sein, gut genug, eine Braut zu zieren, aber den Rücken und die weiße Brüste an der Stirn sei eingeseilt und äußerst todtlich angelegt! Tagelang waren diese Damen im Fessel zu beobachten, während der Kampf um Calais tobte, meist mit der Whistflaute bei der Hand. Elend hat schreibt: „Wann pflegen wohl diese Damen Verwundete? Denn es waren massenhaft Verwundete in der Stadt, aber nur sammerwolle Geschöpfe, direkt aus den Schützengräben gebracht, mit Schmutz und Blut besudelt, mit den gequälten Verwundungen und zerrissenen Gesichtern. Der schöne, adelige Verwundete war schwer zu finden.“

Diese in der Öffentlichkeit wiederholt besprochenen Fälle von Mißbrauch der Schwärze-Tracht haben veranlaßt, daß man den schon im Februar 1914 im preußischen Abgeordnetenhaus diskutierten Gedanken eines gesetzlichen Schutzes der Schwärze-Tracht wieder aufnimmt. Kommerzienrat Reich schreibt darüber im November 1914 in der Deutschen Juristenzeitung, und Mitte Juni 1915 ist ein Artikel über dies Thema von dem Landgerichtspräsidenten Schulz in der Deutschen Juristenzeitung erschienen. Es soll nun allerdings ein Antrag an den Bundesrat veranlaßt worden sein, der gesetzgeberische Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Schwärze-Tracht erwirken will. Man schlägt vor, den § 300, Rifer 8 des Strafgesetzbuches, der mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft den bestraft, der ungebührlich eine Uniform, eine Amtstracht, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt, durch die Worte zu erweitern: „eine Tracht für berufsmäßige Krankenpflege“. Ich lasse es dahingestellt sein, ob eine solche Erweiterung des Strafgesetzes sehr wirkungsvoll sein wird. Meiner Meinung nach wäre es ungeschicklich wirkungslos, wenn die berufsmäßige Krankenpflegerin auf die Straftracht verzichtet würde, und sich auf ein hygienisches Arbeitskleid im Krankenzimmer beschränken wollte. Es wäre dann einfach ausgeschlossen, daß sie mit Schwestern-Tracht, die eine Schwärze-Tracht nachahmen, verwechselt würde. Die berufsmäßige Krankenpflegerin ist eben selbst eine Nachahmung der Schwärze-Tracht religiöser Orden und darin liegt die große Gefahr der Verwechslung mit unehrlichen Pflegerinnen und die ganze Zwecklosigkeit der berufsmäßigen Krankenpflegertracht überhaupt, die nur aus der Welt zu schaffen ist, wenn die Berufs-pflegerin in Zivil geht, wie sie das in Amerika lange schon tut.

Das rote Kreuz will natürlich von einem Verzicht auf die Straftracht gar nichts wissen. Die Kriegereignisse haben im Gegenteil veranlaßt, daß in der Zusammenfassung der für den Kriegszustand von jezt an gültigen Bestimmungen über Ausbildung, Verwendung und Gehalts sowie Diensttracht der Pflegerinnen, Hilfsdienstleistungen und Schwestern vom roten Kreuz (Berlin 1915, Trautwich & Sohn) ganz ausführliche Bestimmungen über die Diensttracht gegeben werden. Es ist da ganz genau zu lesen, welche Stoffe und Schnitt geordnet werden, welche Abzeichen die verschiedenen Chargen haben, warum, wo und wie die einzelnen Teile der Uniform angelegt werden dürfen.

Leider hat aber auch die sehr viel fortschrittlichere Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands zwar auf ihrer Generalversammlung 1913 beschlossen, die Straftracht möglichst einzuschränken, aber trotzdem jetzt neuerdings eine Trachtordnung herausgegeben, und dieser Trachtordnung einen Verpflichtungscharakter angehängt, den die Mitglieder unterschreiben müssen. Unter anderem verpflichten sich die Berufs-Krankenpflegerinnen dadurch, das Haar glatt zurückgelammt oder schädel geteilt zu tragen, und das Haar brennen oder irgend welche „Frasuren“ zur Tracht zu vermeiden! Wir sind also glückselig wieder auf dem Diakonissenstandpunkt angelangt! Widerstandlungen gegen die Trachtordnung gelten als Grund zum Ausschluss! Die Trachtordnung selbst enthält sehr genaue Angaben über Stoffe und Schnitt. Es darf keinerlei gemusterter Stoff getragen werden, jede Verzierung ist streng verboten. Nur das ganz schlichte, schmutzlose Kleid ist als Tracht zu bezeichnen. Rodente darf nicht unter 2 und nicht über 3 Meter betragen. Das Kleid darf nie ein Modell sein, das zu eng schließt ebenso wie das zu weite der Zweckmäßigkeit im Gesicht. Daßbäume und Ausschnitt am Hals sind unbedingt verboten. (Beides wäre vom hygienischen und gesundheitsförderlichen Standpunkt sehr zu begrüßen.) Jede Art von Schmuck: Ringe, Ohrringe, auffällige goldene Uhrenketten, Uhrenarmbänder sind zur Tracht verboten, ebenso farbige Handschuhe, durchbrochene Strümpfe, farbige Schuhe, Lackschuhe und Spangenschuhe, hohe Absteife usw. Gemane Vorschriften über Broschen, Armbinden und Bänder mit dem Vagantkreuz für die Hüften der Hände werden gegeben. Man kann hierzu wohl nur sagen, Krankenpflegerinnen, die wirtschaftlich in der Lage sind, sich modern zu kleiden, wird man dies auch nicht mehr verbieten können, der Diakonisse braucht man nichts derartiges zu verfügen, weil sie einfach nicht die Möglichkeit hat, sich diese Sachen anzuschaffen.

Ein Artikel im „Vagantkreuz“, 19. Kriegszusammensatz, erörtert eingehend die großen Schwierigkeiten, das unbestreitbar vorhandene Bedürfnis nach einem Ansehen, der seinen Mitgliedern wirtschaftliche und persönliche Selbstständigkeit sichert, mit der Form der Schwärze-Tracht zu vereinigen, die mit all ihren ethischen Werten für die deutsche Krankenpflegerin unentbehrlich ist. Die Berufsorgani-

Italien im Krieg.

Unter dem 4. Juli meldet der österreichisch-ungarische Tagesbericht: Die Italiener erneuerten auch gestern wieder ihre Anstrengungen, am Rande des Plateaus von Oberdo Fuß zu fassen. Nach einer den ganzen Tag dauernden Beschließung des Abchnittes von Redi-Puglia mit schweren Geschützen, legte hier nachmittags ein Angriff von mindestens vier Infanterie-Regimentern ein, der zu heftigen Kämpfen führte. Ein Gegenangriff der tapferen Verteidiger warf schließlich den Feind von den Höhen hinunter.

Versuche des Feindes, sich unseren Stellungen bei Bolischi (westlich Tolmein) und dem Gebiete südlich des Arn zu nähern, wurden schon im Keime erstickt. Alpini, die in dieser Gegend einen Vorstoß gegen einen unserer Stützpunkte unternahmen, wurden nach erbittertem Handgemenge zurückgeworfen. Die Verluste des Feindes sind überall wieder sehr schwer.

A. A. Kriegspressequartier, 5. Juli. Auf der Karnisch- und Julischfront gab es gestern außer Artilleriekampf nur einen kleinen italienischen Angriff im Argebiet, der den Italienern wieder schwere Verluste einbrachte und mißlos abgewiesen wurde. Das Werk Senfel bei Malborghet bezeichnete gestern um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags den 1000. Schuß des Feindes aus schwerem Kaliber (28 Zentimeter). Mehrere immer sofort wieder ausgebeßerte Schäden sehen auch nicht im entferntesten im Verhältnis zu dieser Menge von nutzlos verschossener schwerer Munition. Man hat berechnet, daß die Kosten der Befestigung durch die darauf verschwendeten 28 Zentimeter-Granaten längst hereingebracht sind. In der Nacht verhielten die Italiener durch Scheinwerfer unsere Arbeiten zu stören; auch das mißlang ihnen. Im Klagen- und Wölchgebiet beherrschen unsere Truppen die Situation vollkommen.

Das italienische Torpedoboot „17 Or“ ist am 2. Juli abends in der Nord-Adria vernichtet worden.

Ein zerstücktes Greuelmärchen.

Einen Einblick in die Blüthenfabrikation der italienischen Presse gewährt auch folgender Vorfall. Vor kurzem wurde die Schauer- geschichte von zwei italienischen Knaben gemeldet, denen nach dem „Popolo d'Italia“ deutsche Soldaten die Hände abgeschnitten hätten. Der Knabe, dem sie sich vorgestellt haben sollten und dessen Name und Adresse angegeben war, schrieb darauf an den „Popolo d'Italia“ folgenden Brief:

Railand, 18. Juni 1915. Geehrter Herr Direktor des „Popolo d'Italia“! Ich höre, daß in Ihrem geschätzten Blatt vom 6. Juni berichtet wird, daß ich einen italienischen Knaben behandelt hätte, dem die Deutschen, unter denen er sich vor Eröffnung der Feindseligkeiten aufhielt, die rechte Hand abgeschnitten hätten. Diese Nachricht entspricht der Wahrheit nicht, weil ich einen Knaben, dem die Deutschen die Hand abgeschnitten, nie gesehen noch behandelt habe. Mit Achtung Dr. Giovanni Aldobrandini.

Das Blatt des Kriegsbüchlers und ehemaligen Sozialdemokraten Mussolini druckte die Berichtigung jedoch nicht ab, die infolgedessen im sozialdemokratischen „Avanti!“ veröffentlicht wurde.

Uebrigens hat sofort bei Beginn des Weltkriegs derselbe Mussolini, damals noch Chefredakteur des „Avanti“, furchtbare Geschichten von in Deutschland massakrierten Italienern erzählt und die entgegengesetzten Erzählungen der italienischen Konsulate behauptend als Regierungslügen abgelehnt. Namentlich eine Massenerschießung von Italienern in Ragaburg war ein beliebter Detail für Mussolini.

Eine Vergeltungsmaßnahme.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrats vom 1. Juli betr. die gewerblichen Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger. Danach können „im Wege der Vergeltung“ Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte und Warenzeichnungsrechte, soweit sie Angehörigen feindlicher Staaten zustehen, durch Anordnungen des Reichsanwalters im öffentlichen Interesse beschränkt und aufgehoben werden. Insbesondere können anderen Ausübungs- und Nutzungsrechte

entzogen werden. Sie rügt allerdings den geistigen Hochmut, der in einzelnen Schweizerkreisen großgezogen wird und schreibt als erlösendes Mittel einen Gruppenschutz für Schweizer untereinander vor. Die Berufsorganisation steht auf dem Standpunkt, daß die Strafen- tracht für die Privatpflege, die Gemeinde- und Fürsorgepflicht unentbehrlich sei. (Amerika hat das Gegenteil bewiesen.) Besonders aber ist der Verband der Meinung, daß die Kriegskrankenkassen- rinnen der Schweizernot bedürfen. Hier ist also die bemerkenswerte Tatsache, daß der Krieg die halbüberwundene Strafenstracht wieder ausgräbt, anstatt daß er die Berufsorganisationen zu dem sehr viel zweckmäßigeren Hofenanzug befehligt hätte, der mit Schweizerstracht nichts mehr zu tun hat, und den eben dieselbe Organisation in der ersten Aufregung des Krieges einzeln ihrer Mitglieder für den öffentlichen Kriegsschauplatz gestattet hat. Die Berufs- organisation hatte die Trachtfrage bisher sehr leicht genommen und man sieht es sich, daß die Schweizer der Organisation sich drohen in der Kriegszeit in ganz verschiedenen Trachten treffen. Man will also jetzt dem Hebel mit Armbrunden und Gaudenschildern ab und schafft eine neue Trachtordnung.

Diese kleinliche Trachtordnung und die Gruppenschriften erinnern stark an den Faschismus und Gruppensymbolen der Faschisten- Studentenverbindungen. Der Krankenpflegerverband sollte sich hüten, in die Kommissariatspolizei burschikoser Studentenkorporationen zu verfallen. Es ist der sicherste Weg, über die äußerlichen Formen die wichtigsten Berufsfragen zu vernachlässigen. Die Tracht- fragen der Berufsorganisationen werden gerade jetzt besonders läb- mende. Die deutsche Krankenpflegerin hat in der Kriegszeit schwere Kämpfe neben dem roten Kreuz zu bestehen, da sich Kopf und Herz frei von Kleinigkeiten, ganz auf große Ziele gerichtet sein.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Mit einer prächtigen Aufführung von Wagners „Aenigi“ verabschiedete sich gestern die Oper in die Ferien, die wir dem Personal wie den Solisten und Musikern von Herzen gönnen. Während des vergangenen Jahres haben sie trotz der schwierigen Verhältnisse die Aufführungen auf der vollen Höhe gehalten und uns viele erhebende Augenblicke bereitet. Besonders sei der letzte Wagner-Abend hervorgehoben, der fast ausschließlich mit unseren Künstlern durchgeführt wurde. Die geistige Reife war die gleiche wie vor vier Wochen, zu Beginn des Jahres; nur war an Stelle der wegen Unfähigkeit verhinderten Frau Gieseler-Heiser Frau v. Rauch-Bieffer vom Mannheimer Hoftheater getreten. Sie hat die Irene sang. Eine schöne Bühnenerleuchtung verleierte sie die stolze, freie Kriegerin mit Dohheit und Anmut und führte auch den gefangenen Teil glänzend durch. Das vollständige Haus spendete reichlichen Beifall, ganz besonders der Frau Gieseler-Heiser für ihren vorzüglichen Adriaan.

erteilt werden. Den Anordnungen kann rückwirkende Geltung beigelegt werden. Feindliche Staaten im Sinne der Verordnung sind England, Frankreich und Rußland.

Brantweinmonopol in Oesterreich.

Wie bereits amtlich gemeldet ist, hat eine § 14-Verordnung in Oesterreich die Brantweinsteuer um 20 Kronen für den Hektoliter reinen Alkohols (d. i. ungefähr vier Hektoliter Trinkenbrantwein) erhöht. Die Steuer beträgt jetzt für den Liter reinen Alkohols 1 Kr. 80 Heller; bei den 1000 000 Litern Kontingentspreis erhalten der Staat von jedem Liter 160 Heller, die Brenner 20 Heller. Gleichzeitig wurden die Kontingentinhaber verpflichtet, ein weiteres Jahr die jetzigen Preise innezuhalten, während die Regierung den Preis für Brennspiritus pro Liter um 10 Heller, die Vergütung (Liebesgabe) pro Hektoliter um 2 Kronen herabgesetzt hat. Dies um der Ueberproduktion entgegenzuwirken. Das Kartell wird vom Staat vor dem Aufkommen von konkurrierenden Lieferanten dadurch geschützt, daß die Regierung keine neuen Brantweinmonopole erteilt. So wird den Kartellisten jealöser Kampf um ihre Gewinne erspart, sie können sie in voller Ruhe genießen. Ein solches Vorgehen der Regierung wäre an sich kaum zu begreifen; sie liegt aber ihrer Verordnung — die ein unter Mitwirkung des Parlaments zustandekommes Gesetz vertritt — den Kommentator hinzu, daß nun „die Einführung eines staatlichen Brantweinmonopols in den Kreis der allgemeinen Erörterung tritt“. Goffentlich hat das mehr zu bedeuten, als eben nur die (unter Präventiv- zensur erfolgende) Erörterung!

Attentat in religiösem Wahn.

Der bereits kurz gemeldete Anschlag auf Morgan wurde von dem Professor Frank Holt der Cornelluniversität verübt, und zwar in Morgans Sommerwohnung in Glencoe (Longland) um 9 Uhr morgens. Nach der Aussage der Beamten, die den Urheber des Anschlags verhaftet haben, erklärte dieser, er sei dankbarer Abkunft und bereit, sein Leben zu opfern, um das Ende des Krieges herbeizuführen. Frank Holt erklärte bei dem Verhör, Holt habe ihn beauftragt, Morgan zu töten. Eine Kugel, die Morgan traf, drang in den Unterleib ein. Die Verletzung ist schwer, aber nicht tödlich. Der Angreifer hatte zwei Revolver, zwei Dynamitpatronen und ein mit Nitroglycerin gefülltes Glaschen bei sich.

Es heißt, Holt sei irrsinnig. Vielleicht hat die tägliche Kunde von den furchtbaren Kriegsgeschichten ihn verriid gemacht. Daß er sich auf Gott beruft, dafür hat er freilich so manches Vorbild gehabt.

Kriegstagung des Metallarbeiterverbandes.

Am Freitag wurde gemäß dem Antrage der Kommission beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit vom 1. August 1915 an in der Höhe der Hälfte der bisherigen Unterstützungshöhe auf die Dauer von 20 Wochen bei 14tägiger Karenzzeit wieder einzuführen. Eine Statutenänderung solle dies nicht sein, sondern nur ein Vorstoß für die Dauer des Krieges. Dem Vorstand soll es überlassen bleiben, wenn es die Umstände rechtfertigen, das Vorgehen wieder außer Kraft zu setzen und die alten Sätze wieder zu gewähren. Zustimmung fand auch folgender Antrag: „Ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte, zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder, die sich nach ihrer Entlassung aus dem Wehrdienst fristgemäß zum Verband wieder anstellen, können innerhalb 8 Wochen nach ihrer Entlassung der Arbeitslosigkeit Unterstützung auf die Dauer von insgesamt 4 Wochen beziehen. Ausgesteuerte erhalten die Unterstützung in der Höhe, die ihnen vor ihrem Einrücken zustand. Nichtbezugsberechtigte erhalten den niedrigsten Satz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Beim späteren Bezug von auszureichenden Unterhaltungen können diese Unterhaltungen nach den statutorischen Bestimmungen in Anrechnung kommen.“

In den Stabsbeiträgen wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, daß zu der 20 Pfennig-Beitragsklasse wie bisher Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren, sowie weibliche Mitglieder gehören; in die 50 Pfennig-Klasse sollen Mitglieder, die weniger als 24 Mark monatlich verdienen, und in die 70 Pfennig-Klasse diejenigen, die mehr als 24 Mark verdienen, gehören. Die Ortsverbände sollen also nicht selbständig entscheiden.

Soziale Kriegsaufgaben und Gewerkschaften.

Hierüber hielt Verbandsvorsitzender Schilde ein sehr instructives Referat. Er betonte, die dem Deutschen Volk seit Ausbruch des Krieges erwachenden sozialen Pflichten seien gar vielfältig und umfassend. Nicht nur die Abhilfe während eines aussergewöhnlichen Kampfes durchzubringen, sondern vielmehr die gerade bei Ausbruch des Krieges momentan eintretende Verwirrung mähnte gar zu deutlich daran, daß eine Einigkeit des Volkes nur durch Anerkennung sozialer Verpflichtungen auf die Dauer möglich sei. Diese hat aber zur Voraussetzung die Anerkennung voller Gleichberechtigung aller Mitglieder des Gemeinwesens. Eine Gleichberechtigung, die sich nicht nur auf Verteilung der Pflichten, sondern auch der Rechte erstreckt. Der Krieg hat wohl die Notwendigkeit der Uebernahme neuer sozialer Verpflichtungen grell beleuchtet, damit aber nicht die Vorurteile gegen diese Uebernahme beseitigen können. Noch heute sind zahlreiche mächtige Gegner vorhanden, die in jedem der großen Masse des arbeitenden Volkes gehedenden Zustände auf sozialem Gebiet eine Erweiterung der Rechte dieses Teils des Volkes befürchten. In den ersten Tagen des Krieges schien volle Solidarität unter den Massen des deutschen Volkes zu bestehen, das Alles gemeint zu haben schien den Einzelwohl voranzutreiben. Es kam aber bald anders. Der Gemeinwohl weiter Kreise des Unternehmertums erwies sich als Sozial und Raub. Wie wenig gerade in der Zeit des Vorkrieges der Gemeinwohl des Unternehmertums bestätigt wurde, beweisen die trotz guten Verdienstes versuchten Abkordabzüge, Befestigung von Zuschlägen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit usw. Die Militärbehörden sahen sich dieserhalb gezwungen, die Betriebe für Heereslieferungen vor Ausnutzung des Ueberangebots von Arbeitskräften durch Lohnrückzahlung zu warnen. Die Unternehmer versuchten ferner, gestützt auf Belohnungen der Militärverwaltungen, die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken.

Der Redner gab nun ein Bild der bei Kriegsausbruch eingetretenen enormen Arbeitslosigkeit. Der Reichsanwalt habe anerkannt, daß alles geschehen müsse, um diejenige unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht, vor Ruin zu schützen. Er habe aber den Gemeinden diese Aufgabe zugeschoben. Die Regelung dieser Frage hätte aber von Reich wegen erfolgen müssen. Die politische wie gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiter habe sich die reichste Mühe gegeben, das Rad vorwärts zu drehen. Es könnte aber zweifellos auf diesem Gebiet mehr geschehen, wenn sich die Arbeiter besser rührten und die Vertretungen in den Gemeinden nach dieser Richtung vorwärts schoben würden. Das, was bisher geschehen sei, wäre herzlich wenig und trage noch zu viel von dem Gepräge verfehlter Armenunterstützung. Dies konnte nur anders werden durch einheitliche Regelung für das ganze Reichsgebiet unter Anerkennung völliger sozialer Gleichberechtigung.

Mit der Erledigung der Frage der Arbeitslosenversicherung hänge eng zusammen die Beobachtung des Arbeitsmarktes und damit die Arbeitsvermittlung. Auch diese Frage sei durch den Krieg in den Vordergrund des Interesses gerückt, von einer

befriedigenden Lösung aber so fern, wie die Arbeitslosenversicherung. Die Frage der gezielten Regelung der Arbeitsvermittlung werde immer brennender, damit allerdings auch die Sorge des Unternehmertums, daß dadurch ihre Kampfabwehnmäßigkeit in Hintertreffen kommen könnten, immer größer. Die Reichsregierung sei auf diesem Gebiet nicht untätig geblieben; sie habe im Reichsamt des Innern eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise errichtet, die ein planmäßiges Einbindungarbeiten der verschiedenen Arbeitsnachweise ermöglichen sollen. Aber auch diese Zentrale habe die in der Arbeitsvermittlung bestehenden Mängel nicht beseitigen können. Die Unternehmer witterten aber Sorgen und befürchteten eine Stärkung der Arbeiter durch Schaffung partieller Arbeitsnachweise. Das zeigte sich auch auf dem Gebiet der so genannten Arbeitsgemeinschaften, der partiell in einem vorgelegten Kriegsausstoße die sich die Erledigung aller stehenden Fragen und vor allen Dingen die Schließung von Differenzen zur Aufgabe machen. In der Metallindustrie waren allerdings solche Arbeitsgemeinschaften gering. Die Erfahrung, die man mit ihnen gemacht, scheint keine allzu schlechte gewesen zu sein. Die Arbeitgeber würden sich energisch gegen die Fortsetzung der während des Krieges geschaffenen Arbeitsgemeinschaften in der Friedenszeit wenden. Ihnen bange vor der gesellschaftlichen Anerkennung sozialer Gleichberechtigung. Detaillierte gemeinsame Kommissionen hätten auch auf anderen Gebieten günstige Wirkung, die Regierung beraten können. Dann wäre sicherlich auf dem Gebiete der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln, der Herstellung des Kriegsbedarfes usw. manche Maßnahmen mehr zugunsten der Arbeiterklasse ausgefallen. Die Unternehmer hätten die durch den Krieg geschaffene Situation für sich ausgenutzt. Es sei ihnen in den weitaus meisten Fällen gelungen, für sich die Vorteile in Bewegung zu setzen. Das spreche aus allen Erlassen, die sich nur immer gegen die Arbeiter wenden. Mit solchen Erlassen wäre viel Unruhe und Unzufriedenheit in die Reihen der Arbeiter getragen worden. Die Unternehmer hätten sie ausgenutzt; bekannt seien ja die Drohungen der Einberufung zum Militär, mit dem Schützengraben usw.

In seinen weiteren Ausführungen verlangte Schilde größeren Schutz für die Arbeiterinnen, für die Mütter der künftigen Generation, und für die jugendlichen Arbeiter. Er erhob dann die Forderung nach gezielter Fürsorge für die Kriegsgeschädigten. Dieser Fürsorge müßte der Charakter der Wohltat genommen und an deren Stelle das Recht treten. Der Kriegsgeschädigte habe die besondere der Beratung seiner Arbeitskollegen, einer Interessenvertretung, an die die Unternehmer nicht heran können. Dies alles zeige die Notwendigkeit der Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften.

Zum Schluß betonte Redner: Wir haben keine Ursache, in die Behauptung einzustimmen, daß das soziale Empfinden durch den Krieg in weite Kreise getragen und ein tiefer geworden sei. Wir sehen an allen Maßnahmen der Regierung, dem Verhalten der Unternehmer, welche Widerstände zu überwinden sind. Wir fordern also vor allem: Arbeitslosenfürsorge nach dem Grundsatz: Soziale während des Krieges, Arbeitsvermittlung auf partieller Grundlage, Einhebung von Kriegsausstoßen. Um diese Forderungen durchzuführen, dürfen wir nicht ruhen noch aufstehen. (Lebhafter Beifall.)

Die Generalversammlung nimmt von einer Aussprache Abstand. Einstimmig wird folgende Resolution angenommen:

Nach der Verabschiedung des Krieges werden voraussichtlich viele Kriegsteilnehmer unter einer langen und schweren Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Diesen eine ausreichende Unterstützung zu sichern, betrachtet die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als eine Pflicht und als einen Akt der Dankbarkeit und Anerkennung.

Die Generalversammlung erwartet von den Gemeinden Deutschlands, die während des Krieges die Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben, daß sie diese Einrichtung so lange beibehalten, bis an ihrer Stelle eine Arbeitslosenversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage durchgeführt ist.

Die Generalversammlung fordert in den Gemeinden, die bisher Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser nicht getroffen haben, die baldigste Einführung dieser Maßnahmen.

Da nicht alle Gemeinden infolge der starken Transparenznahme ihrer Mittel in der Lage sind, die Kosten der Einrichtung aus eigenen Kräften zu bestreiten, fordert die Generalversammlung die Bereitstellung von Mitteln durch das Reich.

Dieser Resolution soll als Zusatz angefügt werden: „Aus anderen Quellen gewährte Unterhaltungen dürfen auf die Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln nicht angerechnet werden.“ Ferner wird einem Antrag zugestimmt, der fordert, daß die gesetzlichen Schutzbestimmungen für Frauen und Mädchen wieder in Kraft gesetzt werden.

Ueber den nächsten internationalen Metallarbeiterkongress, der für 1916 nach Wien geplant ist, sprach kurz Salda. Es hält es für notwendig, Delegierte für diese Tagung zu bestimmen. Der Vorstand habe es für seine Pflicht, die Internationale unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Die Generalversammlung stimmt diesem zu und wählt zehn Delegierte zu dem internationalen Kongress.

Am letzten Verhandlungstag wurden die Beiträge wie folgt festgelegt: Klasse I: für männliche Mitglieder mit einem Wochenverdienst von mehr als 24 Mark; 20 Pfennig; Klasse II: mit einem Wochenverdienst bis 24 Mark; 50 Pfennig; Klasse III: für weibliche Mitglieder, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr; 30 Pfennig. Der Uebertritt von männlichen Mitgliedern von Klasse I in Klasse II kann nur dann erfolgen, wenn dauernder Ueberverdienst des Mitglieds dies rechtfertigt. Für diese Mitglieder treten die Unterstützungssätze für Klasse II sofort in Kraft. Männlichen Mitgliedern, die weniger als 24 Mark verdienen, steht es jederzeit frei, in die I. Klasse überzutreten. Jedoch muß dieser Uebertritt vor dem vollendeten 50. Lebensjahr geschehen. Solche in eine höhere Klasse über tretenden Mitglieder beziehen in den ersten 52 Wochen ihrer Zugehörigkeit zur höheren Klasse die Unterstützungssätze, die sie sich in der bisherigen Klasse erworben haben oder in Anrechnung kamen. Dasselbe gilt von den männlichen Mitgliedern, die von Klasse III in Klasse II über treten. In die Klasse II können auch weibliche Mitglieder ein- oder über treten. Die Entscheidung hierüber fällt die zuständige Ortsverwaltung.

Bei der Festlegung der Unterstützungsätze ehol sich die Statutenberatungskommission im wesentlichen den Vorschlägen der Stabskommission angeschlossen. Die Unterstützungssätze in der I. und III. Klasse bleiben wie bisher. Die Sätze für die neugeschaffene II. Klasse (50 Pfennig Beitrag) entsprechen proportional den der I. und III. Klasse. Den Bestimmungen über die Krankenunterstützung wurde hinzugefügt, daß Mitglieder, denen der Bezug des Krankengeldes durch Status von Krankenkassen bei Todesversicherungen gekürzt wird, aus der Verbandkasse nur sozial Unterstützungstage ausgezahlt erhalten, bis die Höhe des im Status der Krankenkasse festgelegten Krankengeldbezugs erreicht ist. Das Sterbegeld beträgt für die II. Klasse genau soviel wie für die I. und III. Klasse.

Ferner wurde festgesetzt: Für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke stehen den Ortsverbänden aus dem 50 Pfennig-Beitrag 10 Pfennig zu.

Das so geänderte Statut wurde hierauf einstimmig angenommen. Es tritt mit den Stabsbeiträgen, also spätestens am 1. Juli 1916, wahrscheinlich aber schon am 1. Januar 1916 in Kraft.

Vorstand und Redakteur wurden wiedergewählt.

Ein letzter Beschluß fordert die Aufhebung des bekannten Re- verbes der hiesigen Regierung.

Im Schlußwort betont Salda, die Generalversammlung habe bekräftigt, daß wir nicht nur im eigenen Vaterland die Organisation aufrecht erhalten, auf organisatorischem und wirtschaftlichem Gebiet durchhalten wollen, sondern uns auch bemühen, in der internationalen Familie zu den besten zu gehören. Möge der unselige Krieg bald beendet werden, daß wir die Friedensarbeit wieder beginnen können! (Lebhafter Beifall.)

Die nächste Generalversammlung tagt 1917 in Köln.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Aus Budapest wird gemeldet: Eine Regierungsverordnung verbietet an Dienstagen und Freitagen den Kauf und Verkauf von Fleisch und die Verabreichung von Fleischspeisen in öffentlichen Speisehäusern, Restaurants und Hotels.

Auf Veranlassung des türkischen Unterrichtsministers wird, so meldet man aus Konstantinopel, im nächsten Schuljahre in sämtlichen türkischen Schulen die deutsche Sprache pflichtig eingeführt werden.

25 Jahre Verbandsvorsitzender im Zimmererverband.

Am 1. Juli konnte der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Fritz Schrader, auf eine 25jährige Tätigkeit als Zentralvorsitzender zurückblicken. Vorher Vorsitzender der Zählstelle Hamburg wurde er auf dem zu Pfingsten 1890 in Frankfurt a. M. tagenden Bundeskongress zum Vorsitzenden gewählt. Die ersten Jahre seines Wirkens als Vorsitzender fanden im Zeichen einer Wirtschaftskrise. Daher kam es, daß trotz dem Fall des Ausnahmengesetzes und der damit verbundenen Verringerung der größten Fesseln der Gewerkschaftsbewegung die Mitgliederzahl zurückging. Hier galt es, mit frischer agitatorischer Kraft einzusetzen. Der Verband wuchs denn auch bald zusehends unter der Leitung Schraders. Vor 25 Jahren 14 508 Mitglieder in 243 Lokalverbänden, zählt der Zimmererverband im zweiten Quartal des Vorjahres in 821 Zählstellen 62 673 Mitglieder. In diesem Aufstieg steht viel agitatorische Arbeit; noch mehr aber in der Führung der vielen Kollisionskämpfe, der Abwehr- und Angriffskämpfe gegen die nicht allezeit friedfertigen Bau- und Gewerkschaften. Und als dann in späteren Jahren die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften immer regere wurden, schloß auch der Zimmererverband das Bruderband der internationalen Solidarität, um die ausländischen Berufsorganisationen. Fritz Schrader wurde 1903 zum internationalen Sekretär ernannt. Ein an Erfahrungen, Mühen und Arbeit reiches Leben, von dem das Verbandsorgan „Der Zimmerer“ treffend sagt:

„So blüht der mit der Zeit großartig gewordene Achtundfünfzigjährige heute auf eine dreißigjährige Mitgliedschaft im Verbande und ein vor 25 Jahren begonnenes Wirken als Vorsitzender desselben zurück, hat außer dem Zimmererlangjahr 1890 in Gotha vom achten Bundeskongress an alle späteren Generalversammlungen des Verbandes als Leiter, allen Gewerkschaftskongressen als Delegierter beigewohnt und auf vielen Verbandstagen ausländischer Bruderorganisationen die Vertretung des Verbandes innegehabt. Reich an Erfahrungen über Vorkommnisse innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kann Fritz Schrader somit von sich sagen, daß sein Name außer mit der Zimmererbewegung mit der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen eng verknüpft ist.“

Aus der Partei.

Leo Kollisch

Ist als österreichischer Bandsturmsinfanterist in Galizien gefallen. Sein Name ist auch den Lesern der „Volksstimme“ aus vielen Neuigkeiten bekannt, in denen er stets in anziehender Form, seine argentinischen Erlebnisse und seine Beobachtungen aus dem deutschen und österreichischen Volkleben niederlegte. Sein im „Vorwärts“-Verlag erschienenes Jugendbuch „Das Land der Zukunft“ hat viel Beachtung gefunden. Kollisch war vor Jahren in Nordböhmen, seiner Heimat, Parteisekretär, dann Angestellter der Hammerwerke in Wien und zuletzt im vorigen Jahre Redakteur an der Rheinheimer „Volksstimme“.

Neues aus aller Welt.

Erst die Schweine.

Unser Parteiorgan in Kiel ist in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, der einem deutsch-polnischen Landsturmmann, der seit Dezember als Kranker in einem Hamburger Lazarett liegt, von seiner eben der Schule entwachten Tochter Anfang Januar geschrieben wurde. Er lautet:

„Gelobt sei Jesus Christus! Geliebter Papa. Deinen Brief haben wir mit der besten Gesundheit erhalten. Dieselbe wünschen wir auch Dir alle von besten Herzen zu dem neuen Jahr. Daß Du gesunder sein magst als in dem alten Jahr, und wir uns bald sehen möchten. Bei uns ist jetzt auch schlechtes Wetter und Schnee fällt immerzu.“

Geliebter Papa, ich muß Dir auch zu wissen geben, daß wir jetzt schon nicht mehr unter Hermann Steinfke wohnen. Wir haben uns in die neue Stube zu Stiehe verzogen. Die Frau Hermann Steinfke wollte dem kleinen Kinde keine Milch verkaufen. Und Du weißt, geliebter Papa, daß das kleine Kind noch wie Du zu Hause warst von 2 Wochen an seine Brust nicht gefriert hatte wegen der Herrschaft ihre Arbeit. Nachher, geliebter Papa, trotzdem die Mutter auf jeden Anruf zur Arbeit ging, wollte die Frau keine Milch verkaufen, sondern sagte: Ihre Schweine sind zuerst zu Milch als das kleine Kind.

Die Mutter machte sich aber nichts daraus, sondern mußte für das Kind und uns alle Rat suchen. Vielmal mußte mein kleiner verstorbener Bruder schwarzen Kaffee trinken, denn die Mutter konnte im ganzen Dorfe keine Milch kriegen. Zweifels, geliebter Papa, sollte er, wie Du weißt, in 14 Tagen die Stube fertigmachen, und er hat sie jetzt erst, wie schon Schnee gefallen ist, fertiggemacht. Und Du weißt, geliebter Papa, daß die Stuben wo wir da wohnten groß und sehr kalt war, und daß die Fenster Scheiben ausge schlagen waren. Der Wind wehte in der Nacht sehr, so daß er manchmal das Licht ausgepust hat. Das kleine Kind ist dadurch erfroren und erkrankt, wir konnten die letzten 2 Wochen, bevor das Kind starb, gar nicht schlafen, denn es weinte immerzu Tag und Nacht. Wir mußten in der Nacht aufstehen, Feuer machen und dem Kind das bishen Milch oder Kaffee warm machen. Die Mutter hat die ganzen Haare bald vor Kummer verloren.

Als wir auch schon kein Mehl mehr hatten, ging die Mutter und hat ihn um etwas, er aber sagte: Denk! Ihr wohl, daß ich auch was auf der Straße finde, geht doch zu Eurem Manne in den Krieg! Und gab der Mutter nichts. Jetzt war das Kind so sehr krank und ist gestorben.

Eine ganze Zeitlang hat er nicht gedroschen und keine Arbeit gehabt. Nachdem wir gerade das Kind begraben haben, hat er Arbeit ausgefunden. Weil die Mutter von dem allem so sehr betrübt und traurig war, konnte sie gleich zur Arbeit nicht gehen. Und er schickte den Jungen, wenn die Mutter zu der Arbeit nicht gehen kann, soll sie sofort wie möglich die Stube räumen. Die Mutter würde sowieso da in der Stube nicht sitzen, denn da war es schlechter wie im Schweinestall. Jetzt auf den andern Tag, nachdem er den Jungen geschickt hat, hat er uns, wie es noch dunkel war, die ganzen Kartoffeln, ganze große Kiste, weggenommen. Jetzt müssen wir uns, geliebter Papa, alle Kartoffeln zu 2.50 Mark kaufen, Holz und Mehl ebenso.

Jetzt schreibe ich meinen Brief, geliebter Papa. Deine Tochter Stanislaw Chmelkowskij. Einer Erläuterung bedarf dieser herzerweichende „Brief eines Kindes“ aus der Zeit der „großen nationalen Er-

hebung“ nicht. Er zeigt, welche gewaltige Arbeit die einige Sozialdemokratie nach dem Kriege für die Landproletariat zu leisten hat.

Laufplage in den Argonnen.

Was krabbelt, was jappelt, was juckt und beißt? Von morgens bis abends, die Nacht durch bis früh? Was macht dir hier das Leben so heiß? Das ist das lumpige Laufvieh!

Willst du dich legen müde zur Ruh', Du kannst nicht schlafen, du kommst nicht dazu. Gleich fängt es an, an der kleinen Reh' Am ganzen Körper bis in Halses Höh', Sie quälen dich schlimmer als Franzmann und Brit', Sie scheuen in dir den Barbaren mit.

Erstochst springst du auf, was sollst du nur tun? Ein, zwei, drei Duzend fängst du im Ru. Was du auch probierst, jede Laufzeitinktur, Alles ist nutzlos, von Wundung keine Spur.

Ist du auch ein tapfer Kämpfer und Held, Und verschaffst dir durch Siege die Achtung der Welt, Eins aber fehlt dir, gesteh' es nur ein: „Das Talent“ zu ertragen die Laufpein.

Fritz Rastert.

Sterbefälle.

Ausgang aus den Frankfurter Standesbüchern.

1. Juli. Bederlein, Elsa Frieda, Handelschülerin 18 J., Münzbergerstraße 2.
2. Sulling, Johannes, Arbeiter, 55 J., verch., Sandhöfer Allee 4.
2. Ritter, Fritz, Arbeiter, 32 J., ledig, Lange Straße 4.

Auf dem Schlachtfelde gefallen:

28. Aug. Rodinger, Karl, Dienstknecht, Refektorist, ledig, 27 J., letzte Wohnung Wöhrfelder Landstraße 18.
17. Mai. Duce, Theodor Albert, Erschaffereffekt, Kaufmann, verch., 32 J., letzte Wohnung Bornheimer Landwehr 45.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Von Montag den 5. Juli bis einschließlich Montag den 2. August bleibt das Opernhaus geschlossen. Wiedereröffnung der Opernspektakel: Dienstag den 3. August.

Frankfurter Schauspielhaus.

Montag, 5. Juli, 8 1/2 Uhr (A. Gastspiel von Eris Tiroler Bühne, zum erstenmal): „Der reiche Nehm“. Komödie in drei Akten von R. Pawel. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Dienstag, 6. Juli, 8 1/2 Uhr (10. Gastspiel von Eris Tiroler Bühne, zum erstenmal): „Die Truhige“. Komödie mit Gesang und Tanz in drei Akten von Ludwig Angenruber. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Mittwoch, 7. Juli, 8 1/2 Uhr: „Die Kreuzschreiber“. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Donnerstag, 8. Juli (12. Gastspiel von Eris Tiroler Bühne): „Der reiche Nehm“. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Freitag, 9. Juli, 8 1/2 Uhr: „Die Truhige“. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Sonntag, 10. Juli (14. Gastspiel von Eris Tiroler Bühne, zum erstenmal): „Der bürre Baum“. Tragödie in drei Akten von Rudolf Briz. Auf. Abonn. Erm. Fr.

Neues Theater.

Montag, 5. Juli, 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Dienstag, 6. Juli, 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Mittwoch, 7. Juli, 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Donnerstag, 8. Juli, 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Freitag, 9. Juli, 8 1/2 Uhr: Neu einstudiert: „Das Glücksmädel“. Volksstück mit Gesang in 3 Akten von R. Reimann und O. Schwarz. Aufst. von O. Schwarz. Ermäh. Fr.

Sonntag, 10. Juli, 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Sonntag, 11. Juli, 8 1/2 Uhr: „Die spanische Fliege“. Volkstümli. Pr. von 50 Pfennig bis 2 Mark. — 8 1/2 Uhr: „Rund um die Liebe“. Ermäh. Fr.

Albert Schumann - Theater.

Abends 8 Uhr: „Durchlaucht Radieschen“.

Grosse Salatgurken

neue Sendung eintreffend

Stück 18 und 22 Pfg.

Citronen Stück 15 Pfg.

Kirschen, Johannisbeeren, Stachelbeeren

zu billigsten Tagespreisen.

Gemahlener, Kristall- und Würfel-

Zucker

ist in unseren Verkaufsstellen wieder eingetroffen.

Gemahlener Zucker . . . Pfund 29 Pfg.

„ Kristallzucker Pfund 29 Pfg.

Würfelzucker Pfund 32 Pfg.

Kondensierte Milch

Dose 60, 63 Pfg. Feldpost-Tube 36 Pfg.

☉-Bouillon-Würfel 4 Stück 10 Pfg.

Puddingpulver verschiedene Sorten 10 Pfg.

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

988

Die Sozialdemokratie am Scheidewege

Ein Beitrag zum Thema: Reorientierung der deutschen Politik. Von W. Koll.

Preis 50 Pfg. Rudwirts Porto 5 Pfg.

Kriegsgegner in England

nach englischen Quellen dargestellt.

Preis 50 Pfg. Rudwirts Porto 5 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Großer Hirschgraben 17.

Tüchtiger

Straßenführer

möglichst schnell für elektr. Straßen

sofort gesucht.

Carl Pressor & Co., Expedition,

Frankfurt a. M., Chablen. 983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

Herren- u. Damenschneiderei

Anfertigung nach Maß

Reparaturen, Reinigen, Ver-

änderungen, Aufhängen 2c.

billig und gut.

H. Daus, Koblenzstr. 8.

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983

983